

Kopie: Herrn Minister Dr. Gelzer, Politische Angelegenheiten des EPD,  
 Herrn Fürsprecher Nussbaumer, Chef des Finanzdienstes, EPD,  
 Herrn Botschafter Marcuard, Delegierter für Technische  
 Zusammenarbeit, EPD  
 Eidg. Steuerverwaltung, Bern  
 Schweizerische Botschaft, Lima  
 Schweizerische Botschaft, Washington  
 Herren Direktor Jolles  
 Botschafter Probst  
 Minister Bühler  
 Léchet, Hofer, Greiner

Bern, 3. September 1969

Notiz über den Besuch von Botschafter José de la Puente, Leiter  
 der ständigen Delegation Perus in Genf, am 29. August 1969.

Anwesend:

Schweiz: Herren Botschafter Probst  
 Minister Bühler  
 Léchet, Greiner

Peru: Herren Botschafter de la Puente  
 Botschafter de la Jara

Gegenstand: - Tour d'horizon über die wirtschaftliche  
 Lage in Peru;  
 - Konsolidierung kommerzieller Aussenschulden.

Botschafter de la Puente wünschte die schweizerischen Behörden  
 über die Lage in Peru zu informieren. Im Verlaufe der Diskus-  
 sion kam der Besucher auch auf das neue Konsolidierungsbegehren  
 der peruanischen Regierung zu sprechen.

Nachdem Finanzminister General Morales Bermudez bereits selbst  
 die Bundesrepublik Deutschland, Italien, Japan, Frankreich,  
 Grossbritannien und Spanien besuchte, wurde Botschafter de la  
 Puente beauftragt, das Wirtschaftsprogramm Perus in Finnland,

Dänemark, den Niederlanden, Belgien, Oesterreich und der Schweiz zu erläutern.

Zu seinem Exposé weist er auf die bereits wohl bekannten Tatsachen hin. [Beim Antritt der jetzigen Regierung waren keine Devisenreserven vorhanden; bei den Staatsausgaben von 800 - 900 Mio. Dollar war ein Fehlbetrag von rund 200 Mio. \$ vorgesehen, etc.] Im Einvernehmen mit dem IWF wurden verschiedene Massnahmen ergriffen, die zu einer weitgehenden Sanierung der Situation führten. So wurde u.a. das Steueraufkommen erhöht und Importrestriktionen dekretiert. Heute ist das Budget ausgeglichen und die Devisenreserven betragen brutto 151, netto 90 Mio. \$.

Ein Hauptproblem bilden heute noch die Auslandverpflichtungen der nächsten 5 Jahre. Nicht so sehr wegen ihrer Höhe von 847 Mio. \$, als vielmehr wegen ihrer zeitlichen Struktur. In den nächsten vier Jahren werden von den 847 Mio. bereits 661 Mio. fällig, was eine jährliche Belastung der Zahlungsbilanz von ca. 165 Mio. \$ bedeutet. Diese Belastung macht etwa 20 % des auf 850 Mio. \$ geschätzten Jahresexportes aus; sie gefährdet die Ausführung des Entwicklungsplanes. Deshalb hat Peru, im Einvernehmen mit dem IWF, eine Umstrukturierung der Fälligkeiten vorgesehen. Dies ist umsomehr erforderlich, als sich die Handelsbilanz bis 1972 voraussichtlich wesentlich verschlechtern wird; die Exporte sollen sich bis dahin von gegenwärtig 850 Mio. \$ auf etwa 900 Mio. erhöhen, während die Importe, als Folge der Durchführung des Entwicklungsplanes, von 640 Mio. \$ im Jahre 1968 auf etwa 900 - 950 Mio. ansteigen dürften.

Von den 847 Mio. \$ entfallen 165 Mio. auf private Bankenkredite der USA und Kanadas; 225 Mio. \$ auf Kredite internationaler Finanzierungsinstitute und 457 Mio. auf europäische und japanische Kredite.

Nachdem es sich erwiesen hat, dass die 1968 in London vereinbarte Umschuldung ungenügend ist, fasst Peru heute eine Neuverteilung der Fälligkeiten auf 11 Jahr [1970 - 1981] ins Auge.

Man ist sich in Peru bewusst, dass die Schweiz zu den kleinern Gläubigern zu zählen ist. [Forderungen von ca. 1 Mio. \$, die vom peruanischen Staat garantiert sind.] Es gibt aber viele Gründe, weshalb die Schweiz in die Konsolidierung miteinbezogen werden soll [gute Beziehungen, grosse Investitionen, usw.]. Peru ist an einer Weiterführung der engen Verbindungen interessiert. Auch sollten grundsätzlich alle Gläubigerländer und Kategorien gleich behandelt werden.

Peru ist an neuen Investitionen sehr interessiert. Berichte über nationalistische Tendenzen sind oft übertrieben. Gewisse innenpolitische Schwierigkeiten im Zusammenhang mit ausländischen Investitionen lassen sich nicht verleugnen. Der Fall IPC ist aber ein Sonderfall. Die nationalen Ressourcen sollten von der Regierung in Zusammenarbeit mit ausländischen Investitionen ausgebeutet werden. Ausländische Interessen sind bisher grundsätzlich immer respektiert worden. Peru ist für ausländische Investoren nach wie vor attraktiv; die Regierung kann aber noch zu einer Verbesserung des Klimas beitragen, indem sie

- a) Abkommen über die Doppelbesteuerung abschliesst [solche Verträge haben mit Schweden und Japan bereits günstige Resultate gezeitigt];
- b) Abkommen zum Schutze und zur Förderung von Investitionen vereinbart. [Diesbezügliche Verhandlungen waren mit den USA bereits im Gange. Früher stützte man sich auf die Verfassung, die ausländische und inländische Investoren gleichstellte. Heute ist der Wirtschaftsminister am Abschluss von Investitionsschutzabkommen stark interessiert.]

Das weitere Vorgehen in Bezug auf die Konsolidierung:

1. Für Mitte Oktober ist ein Meeting von 3 - 4 Tagen Dauer in Lima vorgesehen. Neben den Gläubigerländern werden der IWF, die BIRD, der BID und das CIAP vertreten sein. Dieses Meeting soll dem gegenseitigen unverbindlichen Austausch von Ansichten, Informationen und technischen Daten dienen.
2. Anschliessend sollten sich die Gläubigerländer unter sich aussprechen und einen Federführer wählen.
3. Sobald die Konsolidierungsmodalitäten in Europa und Japan näher abgeklärt worden sind, sollten in einer von den Gläubigerländern zu bezeichnenden europäischen Stadt definitive Verhandlungen geführt werden.
4. Schliesslich wird es darum gehen, mit jedem einzelnen Land ein bilaterales Abkommen zu unterzeichnen.

Parallel zu den Bemühungen in Lima sind analoge Verhandlungen mit den USA- und Kanadabanken vorgesehen. Gleiche Behandlung der privaten [USA + Kanada] und der staatlichen Gläubiger [Europa + Japan]. Die Reaktion der grossen Gläubigerländer auf die peruanischen Vorschläge soll gut gewesen sein. Einzig die Frist von 11 Jahren könnte zu Schwierigkeiten führen. Es sei aber denkbar, dass sich eine Lösung in dem Sinne finden liesse, dass eine Refinanzierung auf 3 bis 4 Jahre stattfände, mit einem anschliessenden Revolving, dessen Modalitäten später festgelegt werden könnten. [Details über die Stellungnahme einzelner Länder wurden nicht bekannt gegeben.] Man sei allgemein interessiert, ein Moratorium zu vermeiden.

Botschafter Probst weist auf unsere ausgezeichneten Wirtschaftsbeziehungen mit Peru hin. Wir haben viel Sympathie für dieses an der Basis gesunde Land. Selbstverständlich sind wir bereit, im Rahmen des Möglichen zur Ueberwindung der momentanen Schwierigkeiten beizutragen. Wir fragen uns aber, welches der beste Weg dazu sei.

Die Schweiz ist ein kleiner Gläubiger. Unsere Guthaben betragen bloss rund 1 Million Dollar mit Fälligkeiten von je rund 400'000 \$ in den Jahren 1970/71, 150'000 \$ im Jahre 1972 und 50'000 \$ im Jahre 1973. Man sollte sich überlegen, ob sich für eine so kleine Summe die Konsolidierung mit all ihren Nachteilen [credit standing etc.] für Peru lohnt. Man wird zusammen nach dem besten Weg suchen müssen, wie wir Peru auf nützliche Art helfen können.

Wir haben bereits ein Zeichen des guten Willens getan, indem wir Prof. Bachmann der Regierung als Berater für die Konsolidierung zur Verfügung stellten. Dieser ist sich, wie übrigens auch wir, der Rolle bewusst, die der IWF im Falle Perus zu spielen hat. Es geht somit keineswegs darum, die Tätigkeit des Fonds zu tangieren; im Gegenteil, eine enge Zusammenarbeit mit ihm ist vorgesehen.

Die Frage des Abschlusses eines Doppelbesteuerungsabkommens kann auch uns interessieren. Wir werden die Eidg. Steuerverwaltung orientieren. Diese wird das Problem prüfen.

Am Abschluss eines Investitionsschutzabkommens sind wir sehr interessiert. Botschafter de la Puente erhält unsern Mustertext [der den peruanischen Behörden schon bei früherer Gelegenheit überreicht worden war, aber bisher keine Folge gefunden hatte].

Minister Bühler zeigt ebenfalls Verständnis für die Schwierigkeiten Perus. In ähnlich gelagerten Fällen wurden bisher Gläubigerländer mit kleinen Guthaben von der Konsolidierung immer dispensiert. Die Konsolidierung könnte in solchen Fällen sehr leicht zu falschen Eindrücken führen. Sie liegt deshalb nicht im Interesse der Schuldnerländer. Auch eine lineare Frist von 11 Jahren, die vielleicht für grosse Beträge gerechtfertigt sein könnte, dürfte zu Komplikationen führen.

Botschafter Probst weist auf die Konferenz im Finanzministerium in Lima hin [Bericht Schweiz. Botschaft Lima vom 24. Juli, Dossier: Peru 861.5] und orientiert Botschafter de la Puente über unsere Schritte beim Finanzministerium [Memorandum an Finanzministerium über Nachteile des Einschlusses kleiner Guthaben in die Konsolidierung und Antrag auf Dispens der Schweiz. Vgl. Beilage zu oben erwähntem Bericht aus Lima vom 24. Juli.].

Minister Bühler orientiert in grossen Zügen über die Pläne zur Schaffung einer Investitionsrisikogarantie. Der Abschluss eines Investitionsschutzabkommens könnte auch in diesem Zusammenhang nützlich sein.

Botschafter de la Puente weist darauf hin, dass man sich in Peru bewusst ist, dass der Einschluss kleiner Gläubiger in die Refinanzierungsaktion unrentabel ist. Man legt aber Wert darauf, dass alle Gläubigerländer am Meeting vom Oktober in Lima vertreten sind. Es sei wichtig, dass alle Länder in gleicher Weise über die Wünsche und Pläne Perus informiert werden. Man würde es bedauern, wenn die Schweiz abwesend wäre. Der Entwurf zu einem Einladungsschreiben liegt bereits vor.

Botschafter Probst ist der Idee einer Teilnahme am Meeting von Lima im Oktober gegenüber aufgeschlossen, weist aber nochmals auf die für Peru negativen Folgen einer allfälligen Konsolidierung kleiner Guthaben hin.

Zum Schluss entwirft Botschafter de la Puente noch ein sehr optimistisches Bild über die Bedeutung des "Andinapaktes", der die Nachteile, die der ALALC anhaften, eliminiert und grosse Möglichkeiten für Investoren, namentlich über die "Corporacion Andina de Fomento" bieten wird. Auch in Bezug auf den Beitritt Venezuelas zum Pakt äussert sich der Botschafter sehr optimistisch.